

Kurzprotokoll der Septembersession 2005

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 12. und dem 13. September 2005, fand unter dem Vorsitz von Bernadette Schaller-Kurmann, Alberswil, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung des Gesetzes über die Berufsbildung und die Weiterbildung sowie des Gesundheitsgesetzes. Weiter beschloss der Grosse Rat ein Gesetz über die Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde Meggen. Die Entwürfe eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative „Steuern vors Volk“ sowie einer Änderung des Steuergesetzes wies der Grosse Rat an den Regierungsrat zurück mit dem Auftrag, ihm seine eigene Steuerstrategie in einem neuen, umfassenden Gegenvorschlag vorzulegen. Der Grosse Rat beschloss ferner eine Anpassung der Familienzulagen sowie die Umwandlung des Kriminalgerichtspräsidiums von einem Hauptamt in ein Vollamt. Einen Planungsbericht zum Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen und den Schulen der Sekundarstufe II des Kantons Luzern nahm der Rat zur Kenntnis. Weiter behandelte er in 1. Beratung eine Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden.

Der Rat vereidigte sechs neue Mitglieder, wählte an die Stelle von austretenden Mitgliedern neue Mitglieder in Kommissionen und Spezialkommissionen, wies 2 Sachgeschäfte ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu und behandelte eine Petition und 34 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 2 Petitionen und von 54 parlamentarischen Vorstössen. Die für 27 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 23 beschlossen und durchgeführt, für die andern 4 abgelehnt.

Von den 46 traktandierten Geschäften konnten 23 nicht behandelt werden. Ein Geschäft wurde auf Antrag der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit im Voraus abtraktandiert.

Rechtsetzung

Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung. Der Entwurf eines Gesetzes über die Berufsbildung und die Weiterbildung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. Oktober 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 20. November 2004, S. 2938) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Ruth Keller, Kriens) und mit 88 gegen 22 Stimmen gutgeheissen. Das Gesetz basiert auf dem neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetz. Wesentliche inhaltliche Elemente des Gesetzes sind das Bekenntnis zum dualen Ausbildungssystem, die Integration der Gesundheits-, der Sozial- und der Landwirtschaftsberufe, ein Konzept für die Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung, die Regelung der

Fachmittelschulen, die gezielte Förderung der Weiterbildung und ein an das neue Bundesgesetz angepasstes Finanzierungssystem. Das Gesetz unterliegt der Volksabstimmung.

Gesundheitsgesetz. Der Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. Oktober 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 20. November 2004, S. 2938) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und mit 71 gegen 17 Stimmen gutgeheissen. Das neue Gesetz zeichnet sich durch die folgenden Punkte aus: Anpassung an das Krankenversicherungsrecht, das Heilmittelrecht und das Medizinalberuferecht des Bundes; Einführung eines neuen Bewilligungssystems bei den „anderen Berufen des Gesundheitswesens“ (Aufhebung der Bewilligungspflicht für das Praktizieren der meisten alternativen Heilmethoden); Möglichkeit der fachlich selbständigen und gewerbsmässigen Tätigkeit als Dentalhygienikerin oder Dentalhygieniker; Aufnahme einer Bestimmung über die Patientenrechte; Integration der Schulzahnpflege und des schulärztlichen Dienstes; Beibehaltung der Selbstdispensation (Führung von Privatapotheken durch Ärztinnen und Ärzte); Rauchverbot in bestimmten öffentlichen Räumen sowie Verbot des Verkaufs von Tabakwaren an unter 16-Jährige. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 17. September 2005, S. 2263) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 16. November 2005.

Aufhebung Personalkorporationsgemeinde Meggen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde Meggen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. April 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 21 vom 28. Mai 2005, S. 1324) wurde in 2. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und mit 105 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Nach der Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde Meggen wird deren Vermögen der Einwohnergemeinde Meggen übertragen. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 17. September 2005, S. 2262) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 16. November 2005.

Volksinitiative „Steuern vors Volk“. Die Vorlage des Regierungsrates vom 9. November 2004 mit den Entwürfen eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative „Steuern vors Volk“ sowie einer Änderung des Steuergesetzes (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 50 vom 11. Dezember 2005, S. 3151) wies der Grosse Rat (Vorberatung: Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) an den Regierungsrat zurück mit dem Auftrag, dieser solle seine Strategie zur steuerlichen Entlastung in einem umfassenden Gegenvorschlag zur Initiative vorlegen.

Kriminalgericht. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Zahl der Kriminalrichterinnen und -richter sowie der Ersatzmitglieder des Kriminalgerichts gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 31. Mai 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 28 vom 16. Juli 2005, S. 1783) wurde behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Margrit Steinhauser, Luzern) und gutgeheissen. Gemäss § 13 Absatz 1 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation bestimmt der Grosse Rat die Zahl der Mitglieder und der Ersatzleute des Kriminalgerichts durch Grossratsbeschluss. Wegen der seit Jahren hohen Geschäftslast

und um eine effiziente Führung des Kriminalgerichts sicherzustellen, wird das bisher als Hauptamt ausgestaltete Präsidium des Kriminalgerichts in ein Vollamt umgewandelt.

Gesetz über das Halten von Hunden. Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Juli 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 31 vom 6. August 2005, S. 1941) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und gutgeheissen. Anlass für die Gesetzesänderung war die Änderung der Bestimmungen über die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden im eidgenössischen Tierseuchenrecht. Das Bundesrecht sieht neu vor, dass ab dem 1. Januar 2006 jeder Hund spätestens drei Monate nach der Geburt mit einem elektronischen Mikrochip gekennzeichnet und in einer Datenbank registriert sein muss. Die Umsetzung und Ausgestaltung der Chip-Pflicht auf Kantonsebene erfordert Anpassungen der Bestimmungen über die Kennzeichnung und Registrierung. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Anpassung der Familienzulagen. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Anpassung der Familienzulagen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. April 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 21 vom 28. Mai 2005, S. 1326) wurde behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und gutgeheissen. Die Familienzulagen wurden im Kanton Luzern letztmals auf den 1. Juli 2003 erhöht. Die finanzielle Lage der kantonalen Familienausgleichskasse erlaubt eine weitere massvolle Erhöhung der Kinderzulagen auf den 1. Januar 2006, und zwar von 180 auf 200 Franken pro Monat bei der Kinderzulage bis zum vollendeten 12. Altersjahr und von 200 auf 210 Franken pro Monat bei der Kinderzulage vom 12. bis zum vollendeten 16. Altersjahr.

Planungsvorlage

Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen. Der Planungsbericht zum Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen und den Schulen der Sekundarstufe II des Kantons Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 17. Juni 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 28 vom 16. Juli 2005, S. 1782) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Ruth Keller, Kriens) und zur Kenntnis genommen. Es wird angestrebt, den Computer in der gesamten Volksschule als Lern- und Unterstützungsmittel einzusetzen. Der Einsatz soll sich grundsätzlich nach den Zielen der Ergänzung zu den Lehrplänen der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz vom 19. September 2003 richten, welche einen systematischen Einsatz des Computers ab der dritten Primarklasse vorsehen. Damit diese Ziele erreicht werden können, müssen die Lehrpersonen über die notwendige Ausbildung und die Schulen über eine ausreichende Infrastruktur verfügen. Den Lehrpersonen

der Volksschulen und der Schulen der Sekundarstufe II sollen Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Das Konzept sieht sowohl eine Unterstützung vor Ort durch entsprechend qualifizierte Personen als auch ergänzende Unterstützung durch professionelle kantonale Leistungen vor. Insbesondere bei den Primarschulen und den Berufsfachschulen fallen für die Realisierung der dargestellten Ziele bis im Sommer 2008 Projekt- und Investitionskosten in der Höhe von rund 2,25 Millionen Franken beim Kanton und von 3,25 Millionen Franken bei den Gemeinden an. Anschliessend ist beim Kanton mit jährlichen Betriebskosten von 2 325 000 Franken zu rechnen, bei den Gemeinden mit 4,8 Millionen Franken.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieder Gaby Müller, Luzern, Ruth Dahinden-Rauber, Sursee, Robert Thalmann, Kriens, Vreni Grüter-Felber, Luzern, Bruno Müller, Udligenswil, und Pia Hirschi-Schmid, Adligenswil, traten neu in den Rat ein:

- Katharina Meile, Luzern,
- Daniel Pflugshaupt, Sursee,
- Josef Roos, Meggen,
- Peter Tüfer, Luzern,
- Pius Zängerle, Adligenswil,
- Thomas Zemp, Horw.

Rücktritt

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Ruedi Amrein, Malters, per Ende Oktober.

Obergericht. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Victor Meier, Oberrichter, per Ende Februar 2006.

Wahlen

Aufsichts- und Kontrollkommission. An die Stelle von Heidi Frey-Neuenschwander, Sempach, wählte der Grosse Rat Pius Zängerle, Adligenswil, als neues Mitglied in die Aufsichts- und Kontrollkommission.

Kommission Erziehung, Bildung und Kultur. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieder Vreni Grüter-Felber, Luzern, und Robert Thalmann, Kriens, wählte der Grosse Rat Peter Tüfer, Luzern, und Josef Roos, Meggen, sowie an die Stelle von Felicitas

Zopfi-Gassner, Luzern, Daniel Pflugshaupt, Sursee, als neue Mitglieder in die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur.

Kommission Justiz und Sicherheit. An die Stelle des aus dem Grossen Rat zurückgetretenen Mitglieds Gaby Müller, Luzern, wählte der Grosse Rat Peter Lerch, Emmen, sowie an die Stelle von Patrick Meier, Root, Thomas Zemp, Horw, als neue Mitglieder in die Kommission Justiz und Sicherheit.

Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit. An die Stelle von Patrick Graf, Kriens, wählte der Grosse Rat Katharina Meile, Luzern, als neues Mitglied in die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit.

Kommission Verkehr und Bau. An die Stelle von Adrian Borgula, Luzern, wählte der Grosse Rat Patrick Graf, Kriens, als neues Mitglied in die Kommission Verkehr und Bau.

Redaktionskommission. An die Stelle des aus dem Grossen Rat zurückgetretenen Mitglieds Vreni Grüter-Felber, Luzern, wählte der Grosse Rat Walter Studer, Luzern, als neues Mitglied in die Redaktionskommission.

Kommission Planungsbericht Universität Luzern. An die Stelle des aus dem Grossen Rat zurückgetretenen Mitglieds Gaby Müller, Luzern, wählte der Grosse Rat Adrian Borgula, Luzern, als neues Mitglied in die Kommission Planungsbericht Universität Luzern.

Kommission zur Vorberatung der Kantonsverfassung. An die Stelle des aus dem Grossen Rat zurückgetretenen Mitglieds Robert Thalman, Kriens, wählte der Grosse Rat Bernhard Achermann, Richenthal, als neues Mitglied in die Kommission zur Vorberatung der Kantonsverfassung.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 371 von Herbert Widmer, Luzern, über die Erstellung eines umfassenden Leitbildes betreffend die zukünftige Entwicklung des Kantons Luzern,
- M 405 von Marlis Roos, Menznau, über die Abschaffung des Gesetzes über Leihbibliotheken und die Bekämpfung der Schmutz- und Schunderzeugnisse.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Louis Schelbert, Luzern, über die Liegenschaftspolitik des Kantons Luzern (als Motion M 303 eingereicht),

- P 512 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über erste Schritte für einen umfassenderen Hochwasserschutz (dringliche Behandlung),
- P 513 von Ruedi Amrein, Malters, über die Wiederherstellung der Unwetterschäden im August 2005 (dringliche Behandlung),
- von Trix Dettling, Buchrain, über einen Planungsbericht für den Umgang mit Naturkatastrophen (als Motion M 523 eingereicht; dringliche Behandlung),
- P 510 von Giorgio Pardini, Luzern, über die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmenden bei Lego (dringliche Behandlung),
- P 507 von Heidi Frey, Sempach, über die Sanierung und den Umbau der geschützten Werkstätte und des Wohnhauses Stiftung Brändi in Sursee (dringliche Behandlung),
- P 516 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Optimierung des Arbeitszentrums Sursee der Stiftung Brändi (dringliche Behandlung).

Teilweise erheblich erklärt wurde das Postulat P 506 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Schliessung der Lego-Fabrik in Willisau (dringliche Behandlung).

Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 401 von Margrit Steinhauser, Luzern, über den Kanton Luzern als Arbeitgeber von Angestellten mit reduzierter Leistungsfähigkeit,
- A 443 von Silvana Beeler, Ebikon, über den Kanton Luzern als Arbeitgeber von Teilzeitangestellten,
- A 354 von Adrian Borgula, Luzern, über den Abbau der Strassenbauschuld im Jahr 2005,
- A 489 von Urs Dickerhof, Emmen, über die Ausschreibung von Buslinien gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr,
- A 87 von Sepp Furrer, Malters, über die erhebliche Zunahme der IV-Rentenbezüger und -bezügerinnen im Kanton Luzern,
- A 97 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über die Invalidenrente,
- A 325 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Behandlung von Krankenkassenpatienten im benachbarten Ausland,
- A 439 von Silvana Beeler, Ebikon, über Bewilligungspflicht und -voraussetzungen für Paintball-Anlagen,
- A 503 von Sepp Furrer, Malters, über die Hochwasserschäden an den Ufern der Kleinen Emme und der Reuss (dringliche Behandlung),
- A 514 von Sibylle Lehmann, Luzern, über die Kosten für den Kanton Luzern im Bereich Tiefbau beziehungsweise in der Strassenrechnung wegen des Unwetters 2005 (dringliche Behandlung),
- A 517 von Heidy Lang, Ermensee, über die Unwetterkatastrophe im August 2005 (dringliche Behandlung),
- A 518 von Walter Stucki, Emmen, über den Stellenwert der Denkmalpflege und des Heimatschutzes (dringliche Behandlung),

- A 519 von Daniel Wicki, Schüpfheim, über die Waldbewirtschaftung zur Prävention von Folgen bei extremen Witterungsverhältnissen (dringliche Behandlung),
- A 522 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Folgekosten der Unwetterkatastrophe vom August 2005 (dringliche Behandlung),
- A 524 von Heinz Dätwyler, Kriens, über das Vorhandensein von Gefahrenkarten im Kanton Luzern (dringliche Behandlung),
- A 532 von Erwin Dahinden, Schüpfheim, über die Hochwasserschäden vom August 2005 im Kanton Luzern (dringliche Behandlung),
- A 508 von Erich Leuenberger, Nebikon, über die Firmenschliessung der Firma Lego in Willisau (dringliche Behandlung),
- A 509 von Louis Schelbert, Luzern, über den provozierenden Schliessungsentscheid bei Lego (dringliche Behandlung),
- A 511 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über die geplante Lego-Schliessung (dringliche Behandlung),
- A 515 von Guido Graf, Pfaffnau, über die Schliessung der Lego in Willisau (dringliche Behandlung),
- A 534 von Benjamin Kunz, Hergiswil, über die Lego und ihr Gastspiel in unserem Land (dringliche Behandlung),
- A 520 von Guerino Riva, Luzern, über das Pilotprojekt Fixerraum (dringliche Behandlung),
- A 533 von Christoph Portmann, Luzern, über die Missachtung des Volksentscheids betreffend den Fixerraum in der Stadt Luzern (dringliche Behandlung),
- A 525 von Anton Kunz, Grosswangen, über Stellungnahmen der Regierung zu eidgenössischen Abstimmungen (dringliche Behandlung).